EUROPA 24.09.2026 | Alexey Yusupov

Stillstand nach Plan

Die Dumawahl bringt keine Überraschungen. Putins Risikoscheu ist allerdings kein Zeichen von Schwäche.

Die Wahl zur Staatsduma vom 18. bis 20. September 2026, die erste seit Beginn der Vollinvasion, hat das vom Kreml gewünschte Ergebnis geliefert. Überraschend ist weniger das Ergebnis als das Ausbleiben jeder Überraschung. Trotz mehr als vier Jahren Krieg, wachsender Repression und gesellschaftlicher Militarisierung hat der Kreml darauf verzichtet, sein politisches System grundlegend umzubauen. Die Wahl demonstriert damit zweierlei: die fortbestehende Fähigkeit des Regimes, politische Ergebnisse zu kontrollieren – und seine bemerkenswerte Scheu vor Veränderung.

Die Wahl fand vor dem Hintergrund einer weitgehend erstarrten Front statt: Die russische Sommeroffensive hat keine grundlegende Veränderung gebracht, und die von Drohnen dominierte *Kill Zone* macht größere Operationen extrem personalintensiv. Der strategische Luftkrieg eskaliert dagegen: Die Ukraine greift mit Langstreckendrohnen Raffinerien, Lager und Verkehrswege an, Russland wiederum fliegt Massenschläge gegen Energie-, Hafen- und Logistikinfrastruktur.

Dumawahlen sind wegen der Vielzahl regionaler Akteure, Direktwahlkreise und Kandidaten organisatorisch komplexer und weniger zentral kontrollierbar als Präsidentschaftswahlen. Dass der Kreml die Wahl nicht verschoben hat und das gewünschte Ergebnis produzieren konnte, demonstriert die fortbestehende Organisations- und Steuerungsfähigkeit des Systems. Putin und regimenahe Kommentatoren behandeln die Abstimmung als eine Art erneutes gesamtstaatliches Plebiszit über den Präsidenten und seine „Spezialoperation“ – und präsentieren sie nach außen als Beleg dafür, dass Russland trotz Krieg, Sanktionen und ukrainischer Angriffe stabil und handlungsfähig bleibt.

Das offizielle Ergebnis illustriert den künstlichen Parteienpluralismus: Einiges Russland – die Partei, die Putin stützt – kommt auf knapp 58 Prozent und verfügt erneut über eine komfortable Verfassungsmehrheit. Das tatsächliche Ausmaß der Manipulation lässt sich kaum bestimmen. Unabhängige Analysen zeigen deutliche statistische Auffälligkeiten;

zugleich spricht wenig dagegen, dass Einiges Russland auch ohne Manipulation stärkste Kraft geblieben wäre.

Je stärker manipuliert wird, desto weniger erfährt der Kreml über das Land, das er regiert.

Gerade darin liegt ein systemisches Dilemma: Die Wahl soll Stärke und Zustimmung demonstrieren, dem Zentrum zugleich aber Informationen über die Leistungsfähigkeit von Gouverneuren, Regionalregierungen und Parteifunktionären liefern. Je stärker manipuliert wird, desto weniger erfährt der Kreml über das Land, das er regiert.

Mit 355 Sitzen erreicht Einiges Russland sein bislang bestes Ergebnis und verfügt erneut über eine komfortable Verfassungsmehrheit. Wofür eine derartige Mehrheit noch gebraucht werden könnte, ist unklar. Die umfassenden, den Präsidenten stärkenden Verfassungsänderungen wurden bereits 2020 vorgenommen. Die Bedeutung der neuen Duma ist deshalb vor allem symbolisch und zeitlich: Sie wird die Rechtsgrundlagen für Kriegswirtschaft, Einberufung und Repression fortschreiben und könnte bei einer Neuordnung der Regimenachfolge wieder institutionell relevant werden. Schließlich sind die Abgeordneten bis 2031 gewählt, also über die nächste planmäßige Präsidentschaftswahl 2030 hinaus.

Als Gradmesser der tatsächlichen Kriegsunterstützung taugt das Ergebnis allerdings nicht. Unabhängige Umfrageprojekte messen hohe Unterstützung für die Streitkräfte, zugleich aber eine deutliche Mehrheit für Verhandlungen. Zudem zeigen sie, dass die Bereitschaft zur Fortsetzung des Krieges sinkt, sobald Mobilisierung oder persönliche Kosten ins Spiel kommen, und dass nur eine kleine Gruppe übrigbleibt, die den Krieg konsistent befürwortet. Erkennbar ist eine bedingte Loyalität gegenüber dem System, keine stabile Mehrheit für eine entbehrungsreiche und unbegrenzte Fortsetzung des Krieges.

Noch bemerkenswerter als die demonstrierte Kontrollfähigkeit ist deshalb die politische Risikoscheu des Systems. Der Kreml verzichtet auf jede erkennbare Modernisierung seines kontrollierten Parteiensystems. Die KPRF bleibt die wichtigste zugelassene Konkurrenz, während das einzige institutionell sichtbare Antikriegsangebot von *Jabloko* bereits vor der Wahl entscheidend geschwächt wurde. Ein zeitweise erwarteter Umbau des Parteiensystems für die Nachkriegszeit oder eine mögliche Putin-Nachfolge blieb aus.

Die politische Integration von Veteranen des Krieges gegen die Ukraine bleibt ebenfalls hinter den ursprünglichen Ambitionen zurück. Kremlnahe Experten hatten zeitweise mit einem massiven Einzug von

Frontkämpfern in die Duma gerechnet. Einiges Russland nennt nach der Wahl lediglich 49 gewählte Abgeordnete mit Kriegserfahrung. Mit Blick auf Putins wiederholtes Versprechen einer „neuen, wahren Elite“ zeigt das Ergebnis vor allem, wie vorsichtig der Apparat mit Veteranen umgeht: Er ist nur begrenzt bereit, etablierte Politiker zu verdrängen und einen größeren, schwerer kontrollierbaren Veteranenblock entstehen zu lassen.

Bei dieser Wahl stand die Macht nicht zur Disposition. Der Wettbewerb war schon vor dem Wahltag weitgehend ausgeschaltet. Verglichen mit 2021 traten rund ein Viertel weniger Parteilisten und Wahlkreiskandidaten an, Herausforderer in den Wahlkreisen wurden über Extremismus- und Diskreditierungsverfahren aus dem Rennen genommen. Staatskonzerne, Hausverwaltungen und Bildungseinrichtungen setzten Aufseher aus dem mittleren Management ein, die die Stimmabgabe kleiner Mitarbeitergruppen kontrollierten, bevorzugt über die elektronische Fernabstimmung, die per Screenshot in Firmenchats nachzuweisen war. Dokumentiert sind Berichtspflichten für Lehrkräfte über die Wahlteilnahme der Eltern, Entlassungsdrohungen sowie Stimmzetteleinwürfe und fingierte elektronische Stimmabgaben. Allein am ersten Wahltag durften gut 1 500 Beobachterinnen und Beobachter von KPRF und *Jabloko* die Wahllokale nicht betreten.

Ein besonderes Thema sind die besetzten ukrainischen Gebiete. Ihre Einbeziehung in die Abstimmung bedeutet ein kaum kontrollierbares Stimmenreservoir und rahmt zugleich jede territoriale Verhandlungslösung als Verfassungsfrage, die der Kreml mit Verweis auf „Wähler“ und „Abgeordnete“ abwehren kann. Für Putin selbst, der für seine legalistische Fixierung auf Prozeduren und Formalien bekannt ist, ist die Parlamentswahl in den annektierten Gebieten eine Art Schlusspunkt ihrer „Eingliederung“: Juristisch gesehen wirken sie nun gleichberechtigt an der Herstellung der Machtverhältnisse in der Russischen Föderation mit.

Moskau könnte versuchen, noch vor den US-Midterms einen neuen Verhandlungsimpuls Trumps zu nutzen.

Bis zur Präsidentschaftswahl 2030 steht keine weitere reguläre landesweite Wahl bevor. Belastende Entscheidungen aus Sorge vor ihren Auswirkungen auf Wahlen aufzuschieben, ist also nicht mehr nötig. Ausschlaggebend bleiben jedoch die Frontlage und der Personalbedarf. Vieles spricht gegen eine neue Massenmobilisierung: Sie wäre extrem unpopulär, würde das funktionierende monetäre Rekrutierungssystem untergraben, da Zwang und hohe Prämien sich gegenseitig

ausschließen, und eine bloße Infanterieoffensive hätte angesichts des gläsernen Gefechtsfelds und der breiten *Kill Zone* kein klar erreichbares operatives Ziel.

Eine Ausweitung der Rekrutierung müsste deshalb nicht wie die „Mobilisierung von der Straße“ des Jahres 2022 aussehen. Das digitale Wehrregister ermöglicht individuelle, weniger auffällige Vorladungen und Sanktionen. Zusätzlicher Bedarf könnte gradueller, regionaler und repressiver gedeckt werden, über höhere Prämien, regionale Zielvorgaben, Reservisten oder die Rekrutierung für bestimmte Truppengattungen, ohne einen einzelnen öffentlichen Mobilisierungsschritt.

Wahrscheinlicher erscheint eine weitere Eskalation des Luftkrieges, insbesondere gegen zivile ukrainische Infrastruktur vor und während des Winters, verbunden mit der Spekulation auf ein Ende der europäischen Hilfsbereitschaft und eine wachsende innenpolitische Fragilität der Präsidentschaft Selenskyjs. Parallel dazu könnte Moskau versuchen, noch vor den US-*Midterms* einen neuen Verhandlungsimpuls Trumps zu nutzen. Anders als bei früheren Annäherungsversuchen könnte der Kreml Washington angesichts der Belastungen des Iran-Krieges diesmal selbst etwas anbieten: Vermittlungsdienste gegenüber dem mit Moskau eng verbundenen Teheran. Moskau könnte darauf hoffen, im Gegenzug amerikanischen Druck auf Kyjiw für Zugeständnisse bei dessen Verhandlungsposition zu erreichen.

Die Dumawahl hat dem Kreml damit genau das geliefert, was er von ihr brauchte: keine politische Erneuerung, sondern bestätigte Kontrolle. Das System geht aus mehr als vier Jahren Krieg nicht dynamischer, sondern erstarrter hervor. Selbst die von Putin beschworene neue Elite der Kriegsveteranen darf die bestehenden Machtverhältnisse nur dosiert verändern. Diese Risikoscheu sollte allerdings nicht mit Schwäche verwechselt werden. Gerade weil der Kreml innenpolitisch auf Kontinuität setzt, kann er seine Ressourcen umso stärker auf die Fortsetzung des Krieges konzentrieren. Die eigentliche Frage nach dieser Wahl ist deshalb nicht, ob sich Russlands politisches System verändert hat – sondern was Putin mit dem gewonnenen Handlungsspielraum anfangen wird.



Alexey Yusupov
Riga

Alexey Yusupov leitet das Russlandprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung und das FES-Büro „Dialog Osteuropa“. Zuvor war er Büroleiter der FES in Myanmar und Afghanistan. Er unterstützt politische Akteure als Berater und Moderator.